

Verpflichtung zur Einhaltung der datenschutzrechtlichen Anforderungen nach der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)



- Information für die Mitglieder der Mosbacher Gremien

Information zur Datenerhebung gem. Art. 13 und 14 DSGVO

(Datenschutzinformation)

Allgemeines	Sammlung von personenbezogenen Daten der jeweiligen Mitglieder der Mosbacher Gremien zur Präsentation im Bürgerinformationsportal (BI), Gremieninformationsportal (GI) und Mitarbeiterinformationsportal (MI)
Verantwortlicher nach Art. 4 Nr. 7 DSGVO	Oberbürgermeister Michael Jann
Behördliche/r Datenschutzbeauftragte/r	E-Mail: datenschutz@mosbach.de
Rechtsgrundlage und Zwecke der Verarbeitung personenbezogener Daten	Rechtsgrundlage ist hier keine vorhanden. Die Daten werden zum Zwecke der Datensammlung/Präsentation in den einzelnen Portalen (BI, GI und MI) eingestellt. Jedes Gremienmitglied kann durch diese Abfrage selbst entscheiden, welche ihrer personenbezogenen Daten wo aufgenommen werden.
Angaben, welche personenbezogenen Daten verarbeitet werden	<ul style="list-style-type: none"> - Vor- und Nachname (Partei o.ä.) - Beruf - Adresse - E-Mail - Telefonnummer (Festnetz-, Geschäfts- und Handynummer) - Telefax (privat und geschäftlich) - eigene Homepage - Passbild
geplante Speicherdauer	Für die Dauer der Amtsperiode
Betroffenenrechte	<p>Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) insbesondere folgende Rechte:</p> <ol style="list-style-type: none"> a) Auskunftsrecht über die zu ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Artikel 15 DS-GVO). b) Recht auf Datenberichtigung, sofern ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten (Artikel 16 DS-GVO). c) Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Artikel 17 DS-GVO zutrifft. Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Artikel 17 Absatz 3 DS-GVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Artikel 18 DS-GVO. d) Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung, sofern die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden, die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen der betroffenen Person benötigt werden oder bei einem Widerspruch noch nicht feststeht, ob die Interessen der Meldebehörde gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Artikel 18 Absatz 1 lit. b, c und d DS-GVO). Wird die Richtigkeit der personenbezogenen Daten bestritten, besteht das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung für die Dauer der Richtigkeitsprüfung. e) Widerspruchsrecht gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, und keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Artikel 21 DS-GVO). <p>Nähere Informationen zum Widerspruchsrecht nach dem Bundesmeldegesetz können den Hinweisen auf dem Meldeschein entnommen werden.</p>

Widerrufsrecht bei Einwilligungen	Die Übermittlung personenbezogener Daten für Zwecke der Werbung oder des Adresshandels ist nur zulässig, wenn die betroffene Person eingewilligt hat (Artikel 6 Absatz 1 lit. a DS-GVO). Die Einwilligung kann nach Artikel 7 Absatz 3 DS-GVO jederzeit gegenüber der Stelle widerrufen werden, gegenüber der die Einwilligung zuvor erteilt wurde.
Beschwerderecht	Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde (Der Landesbeauftragte für Datenschutz und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg, Königstraße 10a, 70173 Stuttgart, Tel.: 0711/61 55 41 0, E-Mail: poststelle@lfdi.bwl.de), wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.

Stand: 22.11.2018